

Gedanken eines Europäers

Hat Katalonien eine europäische Zukunft?

VON *DUSAN SIDJANSKI**



Nach den Regionalwahlen in Katalonien am vergangenen 27. September fasste die spanische Tageszeitung „El Pais“ deren Ergebnis wie folgt zusammen: „Die Befürworter der Unabhängigkeit gewinnen die Wahl, aber sie verlieren die Volksabstimmung.“

Die Befürworter der Unabhängigkeit haben 72 Parlamentssitze errungen, doch lediglich 47,74% gegen 50,62% der Stimmen erreicht. Die Mehrheit im neuen Regionalparlament basiert auf 62 Abgeordneten von Artur Mas Liste „Junts Pel Si“ und 10 Abgeordneten der linksextremen CUP - zwei Formationen, die ein gemeinsames Ziel eint, doch sonst alles trennt. Trotz großer ideologischer Gräben schafften sie es, einen Pakt abzuschließen und eine große Mehrheit zur Erarbeitung einer unilateralen Unabhängigkeitserklärung binnen 18 Monaten zu bilden. Der Pakt opfert den Amtsinhaber Artur Mas und ersetzt ihn durch Carles Puigdemont, Anführer der extremen Linken, der von seinen Kritikern häufig als fanatischer und kompromissloser Unabhängigkeitsaktivist beschrieben wird.

Die Übereinkunft ist eine raffinierte aber zerbrechliche Kombination, die den Weg zu einem „katalanischen Staat“ durch die Schaffung staatlicher Strukturen öffnet: Sozialversicherung, eine katalanische Zentralbank, ein katalanisches Schatzamt, gefolgt von einem Kern eigener Sicherheitskräfte und einer autonomen Diplomatie. In Summe ist es ein schleicher Prozess, der darauf abzielt, einen faktischen Staat zu schaffen und Katalonien so von seinem Beitrag an Spanien zu befreien. Es handelt sich um einen Angriff auf die

* Dusan Sidjanski, ehemaliger Sonderberater EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, ist Begründer der Politikwissenschaftsabteilung der Universität Genf. Er ist ausserdem Stiftungsratsmitglied der Internationalen Latsis-Stiftung und Ehrenpräsident des Europäischen Kulturzentrums.

Wohlstandsumverteilung in der Union mittels Regionalpolitik, die an den Schweizer Finanzausgleich denken lässt.

Die Zukunft eines möglichen katalanischen Staats verdunkelt sich jedoch mit Blick auf die sprachliche Situation. Nach Erhebungen der Universität Laval sind 31,6% katalanische Muttersprachler und 55% spanische Muttersprachler. Angesichts der hinlänglich bekannten Absichten der pro-Unabhängigkeitsregierung, dem Katalanischen Vorrang einzuräumen, ist der Grat zum Kippen in eine Diskriminierung äußerst schmal.

Der katalanische Präsident scheint zudem die Attraktivität der internationalen Sprache Spanisch im Vergleich zur regionalen Sprache Katalanisch zu unterschätzen. Nicht auszuschließen, dass aus einer einseitigen Sprachpolitik, eine wirtschaftliche Krise in Katalonien entstehen könnte. Seiner Einstellung fehlt es im Grunde am Respekt vor den Sprachen, deren Diversität den kulturellen Reichtum Europas ausmachen und die die Basis unsere gemeinsame Kultur legen. Die sprachliche Textur wird außerdem von einem Mix an Menschen überlagert, von denen 35% die spanische und 60% die katalanische Identität für sich in Anspruch nehmen. Diese gesellschaftliche Struktur lässt nichts Gutes erahnen für den Fall, dass die Regionalregierung die für Katalonien zukunftsentscheidenden Reaktionen aus Madrid und Brüssel nicht beachten würde.

Nachdem Mariano Rajoy zunächst das Handtuch geworfen hatte, schlug Podemos-Chef Iglesias eine Linksregierung unter Führung des Sozialisten Pedro Sanchez vor. Er selbst sollte Vize-Premier werden. Zugleich machte er ein Unabhängigkeitsreferendum zur Voraussetzung. Carles Puigdemont glich seine Linie entsprechend an, um den 7,5 Millionen Einwohner Kataloniens die Annahme einer Verfassung durch direkte Legitimierung zu ermöglichen. Pedro Sanchez jedoch ist zwar für eine Föderalisierung Spaniens, doch gegen ein Referendum, wohl aber offen für Kompromisse. Die Situation bleibt derzeit in der Schwebe, umso mehr, als jüngste Umfragen dem Partido Popular Zugewinne im Falle von Neuwahlen und eine Mehrheit für den Verbleib Kataloniens in Spanien prognostizieren.

Mit Verweis auf den schottischen Fall vertritt die Europäische Kommission die Auffassung, dass ein unabhängiges Katalonien wie ein Drittstaat zu behandeln sei, der gezwungen wäre, den Beitritt zur Europäischen Union und zur Eurozone zu beantragen - mit der erschwerten Voraussetzung, nämlich der Ablehnung durch das Vollmitglied Spanien. Daraus folgt, dass

BILAN, Ausgabe 2 vom 3. zum 16. Februar 2016

Katalonien lange Verhandlungen bevorstünden, um eine Isolierung zu verhindern, anerkannt und in die EU aufgenommen zu werden.

Kurz gesagt, wir sind weit entfernt von Denis de Rougemonts Europa der Regionen und seinem Projekt eines Senats der Regionen im Rahmen einer europäischen Föderation.